

Antrag

der Abgeordneten Heike Sudmann, Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop und Insa Tietjen (DIE LINKE)

zu Drs. 22/11419

**Betr.: I. 19-Euro-Ticket auch für Wohngeldempfänger:innen
II. Deutschlandticket als ProfiTicket auch für Beschäftigte der FHH**

Zu I.: 19-Euro-Ticket auch für Wohngeldempfänger:innen

Der Senat liefert in seinem „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm“ (Drs. 22/10653, Seite 110) eine gute Erläuterung zur Bedeutung von Mobilität für die Hamburger:innen: „Der Zugang zu Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, aber auch Garant für Lebensqualität und ein menschenwürdiges Leben. Im Vordergrund stehen die Gedanken der Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion. Menschen haben aufgrund unzureichender Mobilität eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zu Aktivitäten, Dienstleistungen und sozialen Netzen. In einer Gesellschaft, die auf hoher Mobilität basiert, ist das Risiko von Benachteiligungen durch eingeschränkte Mobilitätschancen besonders groß.“

Eingeschränkt wird die Mobilität auch durch die Kosten, da viele Menschen sich keine teuren Bus- und Bahnfahrkarten leisten können. Das 9-Euro-Ticket im Sommer 2022 hat in Hamburg Menschen mit wenig Einkommen Fahrten in weiter entfernt gelegene Stadtteile, ins Umland oder auch an die See ermöglicht. Das sogenannte Deutschlandticket für 49 Euro monatlich ist für viele jedoch nicht leistbar. Der sogenannte Sozialrabatt ist bisher nur für Menschen vorgesehen, die Bürgergeld, Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Nicht berücksichtigen will der Senat jedoch die Haushalte, die „Unterstützung bei der Bewältigung der Wohnkostenbelastung benötigen“ (vergleiche Senatsmitteilung zum Wohngeld-Plus-Gesetz, Drs. 22/10993, Seite 1). Wenn der Senat es ernst meint mit seiner Aussage, dass er „mit dem Deutschlandticket die Bürgerinnen und Bürger entlasten will“ (Drs. 22/11419, Seite 1), muss er auch diesen Kreis beim Sozialrabatt einbeziehen. Damit würden auch viele Senior:innen, die von einer geringen Rente leben müssen, eine Entlastung erhalten. Dass der Handlungsbedarf hier groß ist, zeigt sich an der hohen Quote der Altersarmut, die Hamburg den unrühmlichen Titel der „Hauptstadt der Altersarmut“ in Deutschland eingebracht hat.

Zu II.: Deutschlandticket als ProfiTicket auch für Beschäftigte der FHH

Geht der Fahrpreis runter, nutzen mehr Beschäftigte den hvv und lassen ihr Auto stehen. Das ist gut für das Klima. Airbus wird zum Beispiel als großer Arbeitgeber das Klimaticket einführen. Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) darf da nicht hinterherhinken, sondern muss auch Vorbild sein. Bisher haben nur 16.000 von 77.000 Beschäftigten der FHH ein ProfiTicket. Mit einem Arbeitgeberzuschuss oder dem Klimaticket kann der Senat mehr Beschäftigte aus dem Auto in Bus und Bahn bringen. Das ist gut für das Klima und für die Arbeitgeberin FHH. Denn dadurch verschafft sich die FHH bei der Suche nach qualifizierten Arbeitnehmer:innen einen kleinen Vorteil gegenüber der oft besser zahlenden Privatwirtschaft.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

1. Wohngeldempfänger:innen zahlen für das „Deutschlandticket“ einen Eigenanteil von 19 Euro monatlich.
2. Die Freie und Hansestadt Hamburg bietet den bei ihr Beschäftigten ein ProfiTicket an.
3. Der Haushaltsplan 2023/2024 wird entsprechend geändert.